

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend. Dinstags halbm., SM. 1.10. Freitag monatlich Nachzahlung vorbehalten. Erhöht merklich nachmittags. Einzelnummer 15 Cpf., Sonnabends 25 Cpf., Postkontokonto: Ant. Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Völknerstraße 4; Anzeigenteil: Grotthardstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg, im Falle zöb. Gen. (Kreisbl. u.) besteht K. Anpr. a. Liefer. od. Rückvergüt.



Anzeigenpreis für den achthelpten Millimeterraum 8 Goldpfennige; im Reklamezettel 32 Goldpf.; für Chiffrenzeilen und Nachdruck des 21 Goldpf. Aufschlag. — Bei Umrechnung in Bogenmaß ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgebend. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzsperrfrist ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluss der Anzeigen-Nachnahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Nr. 67 Mittwoch, den 19. März 1924 164. Jahrgang

Die geheimen Abmachungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei

Berlin, 19. März. Zu dem am 25. Januar 1924 veröffentlichten Freundschafts- und Bündnisvertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei werden jetzt die bisher offiziell immer abgelehnten

geheimen Abmachungen bekannt. Es handelt sich um fünf Dokumente. Das erste Dokument ist ein Protokoll vor der Vertragsunterzeichnung, aufgeteilt in zwei Abschnitte, die die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen, worin förmlich noch auf den Beitritt Tschechiens zu dem Vertrag geredet wird. Das dritte Dokument ist der Kooperationsvertrag, den Beneš nach seiner Besprechung mit Poincaré am 19. Januar in Belgrad dem jugoslawischen Außenminister Branković vorlegte. Das vierte Dokument ist das Geheimprotokoll, in dem förmlich keine Ablehnung formuliert. In dem fünften Dokument, dem Investitionsprojekt zum Behauptung der französischen Militärmission vom 11. Dezember 1923 wird festgelegt, wie weit die Tschechoslowakei Leben und Blut, Frankreich aber die hergebe sollte, damit Frankreich in der Tschechoslowakei eine militärische Stützlinie hat.

Am interessantesten ist das zweite Dokument, die am gleichen Tage wie das Bündnis unterzeichnete Deklaration zu dem Bündnisvertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei. Das Dokument lautet:

1. Die Tschechoslowakei tritt bei einem Kriege mit Deutschland und ihrer gesamten Kriegsmacht auf die Seite Frankreichs und umgekehrt verpflichtet sich Frankreich, bei einem Kriege zwischen der Tschechoslowakei mit Deutschland diesem Kriege zu erklären.
2. Bei einem Kriege Polens mit Deutschland treten beide Vertragsparteien auf die Seite Polens.
3. Vor der Eröffnung von Feindseligkeiten zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn gibt Frankreich die Unterstützung der Tschechoslowakei mit Kriegsmaterial zu erkennen. Beide Vertragsparteien halten sich bei einem Konflikt Polens-Rußland neutral.
5. Bei einem Wideraufleben der Unabhängigkeitsbewegung in der Bundesrepublik Österreich machen beide Vertragsparteien durch ihre Vertreter bei den Bundesbehörden in Wien auf die Folgen in Form einer Verletzung der Bundesrepublik durch verbotene Truppen aufmerksam.
6. Die Wiederherstellung der Substanz in Ungarn verpflichtet Frankreich zur sofortigen Entsendung der Armee, beide Vertragsparteien auf die Sanktionen einer Verletzung der Kontrolle. Ueber den weiteren modus procedendi einigen sich beide Vertragsparteien.
7. Der Verlust einer

„Revanche“

Wiesbaden und — Paris.
Paris, 18. März. Die Potsdamer Stadtvorordneten wählen werden von der gesamten französischen Presse als ein Beleg dafür angesehen, daß die „Revanche“, worin die „Revanche“ in ihrer Lebensgröße sich zeigt, bedeutend an Boden gewonnen. Der Sieg der Deutschnationalen wird unumwunden zugegeben. Um besonders mit diesem Wahlergebnis Stimmung gegen Deutschland zu machen, verlegen mehrere Blätter die Wahl einfach von Potsdam nach Berlin und lägen ihren Lesern vor, daß es sich um Berliner Stadtvorordnenwahl gehandelt habe.
Von der deutschen Demokratie erwartet das Ausland alles. Von der deutschen Rechte aber lauter Unheil. Wer glaubt, daß das Ausland am besten weiß, was Deutschland frommt, der wählt deshalb die Demokratie, macht damit seinen Kotau vor den Feinden und — „rettet Deutschland“.

Der Morgan-Kredit.
London, 18. März. Gegenüber französischen Heberzeugungen mag wiederholt werden, daß der Morgan-Kredit 30 Mill. Dollar auf drei Monate beträgt. Man hält hier den Versuch, den Franken unter 100 zu setzen, für riskant.

Thennis stellt sein neues Kabinett vor.

Paris, 18. März. Heute nachmittag trat die belgische Kammer nach längerer Pause wieder zu einer Sitzung zusammen. Das neue Kabinett Thennis stellte sich vor. Der Ministerpräsident hielt dabei eine Rede, worin er ausführte, daß die ganze Außenpolitik der früheren Regierung von der Frage beherrschet war, zu einer billigen und praktischen Lösung der Reparationsfrage zu gelangen. Infolge des schiefen Willens Deutschlands sei man gezwungen gewesen, an der Seite Frankreichs eine Zwangsorganisation vorzunehmen. Heute sei die Reparationsfrage in ein neues Stadium eingetreten. Sachverständige der Alliierten in Amerika luderten die Frage. Belgien fordere das, was es als berechtigt und unumgänglich notwendig sowie praktisch durchführbar ansehe. Wenn es weniger verlangte, so würde es eine Sache verraten, für welche so viele Belgier ihr Leben opfereten. Zum ersten Male seit dem Waffenstillstand könne man optimistisch sein, daß die Reparationsfrage gelöst werde. Die Lösung hänge allerdings von einem Einverständnis unter den Alliierten ab. Die Arbeiten der Sachverständigen schritten fort. Ihr Bericht würde in wenigen Tagen vorgelegt werden. Er werde überall mit Ungeduld erwartet. Sofort danach würden außerordentlich wichtige Verhandlungen, von denen Belgens Zukunft abhängen, stattfinden. Damit die belgische Regierung dabei die volle Spieltheorie, die ihr die Alliierten des belgischen Volkes auferlegen, müsse auf das Vertrauen und die Unterstützung des Parlaments rechnen können. Thennis sprach sodann über das belgische Budget. Nur das außerordentliche Budget weise ein Defizit auf, denn Belgien müsse für 1 Milliarde 300 Millionen aufkommen, die Frankreich hätte bezahlen sollen. Infolgedessen werde es notwendig sein, im Jahre 1924 nicht bezahlte, 400 Millionen neuer Steuern einzuführen.

Sozialistische Opposition in der Kammer.

Brüssel, 19. März. Die sozialistische Linke hat gestern früh beschlossen, gegen das Kabinett zu opponieren. Die Debatte im Senat über die getriggerte Kabinettsveränderung wird am kommenden Donnerstag eröffnet werden. In der Kammer hat man mit der Aussprache sofort begonnen. Als einer der ersten Heber ergriff, Wandelbeide das Wort und stellte zunächst in ungeschliffenen Worten die unverschämte Nachlässigkeit fest, mit der Ministerpräsident Thennis an die Spitze der Regierung zurücktrete.

Einsetzen in Rom.

Rom, 19. März. Laut „A. V.“ wird jetzt zu den Unstimmigkeiten zwischen Rom und Bukarest halbamtlich erklärt, daß die italienische Regierung keinen Aufbruch der Seite des rumänischen Königspaars verlangt habe, sondern lediglich in Bukarest um Verschleppung der schwebenden Angelegenheiten ermahnt habe, damit das Königspar in Rom eine ungestörte Atmosphäre vorfinde.

Die englisch-russische Konferenz.

London, 19. März. Gestern wurde endgültig bekanntgegeben, daß die englisch-russische Konferenz während der ersten Aprilhälfte in London zusammenzutreten wird. Es wird erwartet, daß die Vorsitzlerin der Führer der russischen Delegation sein werde.

Niederlage der Passisten im englischen Unterhaus

London, 18. März. Der geistige Fortschritt der Passisten im englischen Unterhaus, welcher auf die völlige Entwaffnung Englands ohne Rücksicht auf die Haltung anderer Länder abzielte, endete mit einer vernichtenden Niederlage für die Passisten, für deren Anfrage nur 13 von 370 Anwesenden stimmten.
Es hatten einig Mitglieder der Arbeiterpartei eine Herabsetzung des britischen Heeres von 161 000 auf 100 000 Mann gefordert. Die Regierung erklärte zu der Anfrage, zur Politik internationaler Abrüstung durch gegenseitiges Ueber einkommen Zutreten zu haben; sie müsse sich aber dem Untergang widersetzen, der eine britische Abrüstung inmitten einer bewaffneten Welt befürworte.

Die deutsche Zahlungsfähigkeit.

Das internationale Sachverständigenkomitee scheint Deutschland kein Moratorium gewähren, sondern von ihm sofort größere Zahlungen verlangen zu wollen. Eine solche Forderung übertrifft die deutsche Zahlungsfähigkeit ganz außerordentlich.

Vor dem Kriege waren die gesamten Staats- und Gemeindefesteinnehmungen in Deutschland auf 2,86 Milliarden zu veranschlagen. Die Sachverständigen würden also bei einer Forderung von 2 Goldmilliarden jährlich mehr als zwei Drittel dieses Betrages in Anspruch nehmen. Aus demselben Quellen, aus denen im Jahre 1913 200 Goldmillionen an das Reich und an der Staat kamen, sind im Jahre 1924 nicht weniger als 500 Goldmillionen geflossen. Während man für 1913 die Belastung für öffentliche Zwecke mit 18 Prozent des Einkommens veranschlagen konnte, beläuft sie sich für 1924 auf durchschnittlich mindestens 40 Prozent, wobei zu beachten ist, daß die hinter dieser Ziffer zurückbleibende Belastung der großen Masse eine Anspannung der Produktion und des Handels bis teilweise 100 Prozent des Einkommens erfordert!

Während das steuerfreie Durchschnittseinkommen in Deutschland je Kopf der Bevölkerung 1913 540 Mark betrug, beläuft es sich jetzt nur auf 160 Mark. Der jetzige Reichshaushalt schließt mit 5,5 Goldmilliarden ab; er ist aber wahrscheinlich zu günstig aufgestellt; schon die Verbrauchsteuern, die bis einschließlich 1922 5,7 Milliarden (also den Betrag der gesamten kriegsbedingten Kriegsschuldung an Deutschland 1871) betragen, wird seine Durchführung unmöglich machen.

Wie arm wir geworden sind, zeigt ein Vergleich zwischen dem früheren und dem jetzigen Gesamteinkommen der Bevölkerung. Früher konnte das Gesamteinkommen auf 40 bis 50 Milliarden jährlich veranschlagt werden; heute beträgt es höchstens 17—18 Milliarden. In der Vorkriegszeit betrug der durchschnittliche Zuwachs an neuen Vorkriegszeit jährlich 3 Milliarden Mark; die Guthaben bei den deutschen Banken und Sparkassen zeigten eine jährliche Zunahme von 11—1200 Goldmillionen; die Vermögen der Sozialversicherung und der großen Versicherungsanstalten wuchsen um rund 500 Goldmillionen jährlich; insgesamt konnte die jährliche Kapitalneubildung vor dem Kriege auf mindestens 6—8 Goldmillionen veranschlagt werden. Man denke nur daran, daß Ende 1912 ein Nominalbetrag von 42,5 Milliarden fest veranschlagte Werte an der Berliner Börse notierte, und daß im ganzen rund 100 Goldmilliarden Staats- und Kommunalanleihen ausgegeben waren; diese Beträge sind jetzt fast reiflos entwertet. Einen Vorteil haben die Personen, deren Schulden entwertet wurden, aber nicht gehabt, da auch ihr Vermögen entwertet wurde; der Gewinn auf der einen Seite wurde durch den Verlust auf der anderen Seite ausgeglichen. Man denke an den Hausbesitz; vor dem Kriege wurde die hypothekarische Belastung des häuslichen Haus- und Grundbesitzes auf 40—50 Goldmillionen angenommen bei einem Gesamtwert von circa 80 Goldmillionen. Von diesem Betrag gingen rund 6 Prozent (4,5—5 Goldmillionen) an Miete ein, während die hypothekarische Belastung 2—2,5 Milliarden an Zinsen usw. erforderte. Dieser letzte Betrag braucht jetzt nicht mehr gezahlt zu werden; dafür sind aber auch die Mieteinnahmen fast vollständig verschwunden. Die früher durch das Kapital selbst mögliche jährliche Kapitalneubildung kann infolge der Verwertung des Kapitals nur noch erfolgen durch die Sparaktivität; wie soll diese aber vor sich gehen, wenn das gesamte Volkseinkommen auf 40 Prozent des früheren Betrages gefallen ist?

Unsere letzte relativ „günstige“ Lage ist nur erzeugt worden durch die „Günstigkeit“ der Mark. Diese Lage nahm ich aber nicht anders als das Ergebnis einer entschuldigungslos einseitigen Verteilung von Vermögenwerten; der Staat hat durch die Befreiung des Vermögenswertes 1 Billion — 1 eine Entwertung vorgenommen, die sehr bald zu einem Rückschlag führen muß, wenn nicht für neue Einkünfte eingebracht wird und wenn der Produktion durch die außerordentlich hohe Besteuerung noch weiteres Kapital entzogen wird.

Das Ende des Singapore-Planes.

Eine neue Rede MacDonalds.
London, 19. März. Der Unterstaatssekretär der Admiralität Ammon gab gestern im Namen der Regierung die Erklärung ab, die englische Regierung habe beschlossen, den Plan der Errichtung einer Flottenbasis in Singapur nicht weiter in Erwägung zu ziehen. Ammon erklärte, die Regierung habe sich eingehend mit der Singapurfrage beschäftigt, sei jedoch nach heftiger Prüfung aller gegebenen Tatsachen und nach Anhörung der Regierungen der überliegenden Dominions zu ihrem Beschluß gekommen. Sie werde die bisherige Linie der Verteidigungspolitik fortführen und nichts unternehmen, was den Ansehen offener Charakter gewinne oder als Provokation anderer Mächte aufgefaßt werden könne.

Die letzte Fragen an Hitler und Ludendorff.

Urteil am 31. März. — Vertagung auf Freitag.

München, 18. März. Zu Beginn der heutigen Verhandlung verlas General Ludendorff zunächst folgende Erklärung:

1. Es ist eine unrichtige Behauptung, wenn Kardinal Hütter den Vätern, Bayern und Österreich zusammenzuschließen. Davon steht in meiner Aussage nicht ein Wort.

2. Ein authentischer Wortlaut der Bekanntschaft des Kardinals als Antwort ist trotz verschiedener an den Kardinal gerichteter Bemühungen in der deutschen Presse nicht veröffentlicht worden.

Der Kardinal selbst bezeugt in einem Brief vom 30. Juli 1923 an die „Münchener Post“ die Unrichtigkeit, daß er über diese beiden Punkte gesprochen habe.

Der Kardinal selbst bezeugt in einem Brief vom 30. Juli 1923 an die „Münchener Post“ die Unrichtigkeit, daß er über diese beiden Punkte gesprochen habe.

Der Kardinal selbst bezeugt in einem Brief vom 30. Juli 1923 an die „Münchener Post“ die Unrichtigkeit, daß er über diese beiden Punkte gesprochen habe.

Der Kardinal selbst bezeugt in einem Brief vom 30. Juli 1923 an die „Münchener Post“ die Unrichtigkeit, daß er über diese beiden Punkte gesprochen habe.

Der Kardinal selbst bezeugt in einem Brief vom 30. Juli 1923 an die „Münchener Post“ die Unrichtigkeit, daß er über diese beiden Punkte gesprochen habe.

der Diktaturfrage beschäftigen müssen. In Frankreich, England und Amerika fanden Diktatoren an der Spitze.

Auf Befragen des Vorliegenden erklärte Ludendorff weiter, daß er noch am 8. November abends einzig und allein an die Errichtung eines nationalen Reichsdirctoriums als Zerstörung gedacht habe.

Hier erhob sich Hitler und erklärte: Ich lehne, ich lehnte damals und lehne heute noch keinen anderen militärischen Führer für Deutschland als General Ludendorff.

Auf eine Frage des Vorliegenden antwortete Hitler, er habe mit Ludendorff über dessen militärische und diktatorische Befugnisse vorher nie gesprochen.

Selbstverständlich, das war ja auch die Absicht. Unter Punkt 3 der Erklärung hingewiesen, die sich fünf Wochen nach dem Ende des Weltkrieges in München im März 1920 verabschiedet.

Hierauf wurde die Beweisfrage auf Nachfrage gelöst. Seitens der Staatsanwaltschaft wurde sodann die Frage aufgeworfen, ob die Waldovers in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung gehalten worden seien.

Hierauf wurde die Beweisfrage auf Nachfrage gelöst. Seitens der Staatsanwaltschaft wurde sodann die Frage aufgeworfen, ob die Waldovers in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung gehalten worden seien.

betrifft, mußergültig auch für alle anderen Nationen aufbereitet. Als Direktor der hiesigen Streikkommission bereitete er die Verlegerzeitung „Kampfbau“ vor, dessen weitere Entwicklung wiederum allein Tirpitz Werk ist.

Die Technik der französischen Propaganda.

Es ist überaus lehrreich, einmal sorgfältig französische Zeitungen hinsichtlich ihrer gegen Deutschland gerichteten Propaganda durchzugehen. Es könnte wenigstens lehrreich für uns sein, wenn wir das Organ besäßen, derartige Dinge zu lernen.

Das pathetische, mit großgedruckten Ueberschriften langierte Wort- (und Anzeig-) geschrei hat das Zeitliche gesegnet. Schlichtheit ist die Leuchttafel selbst eines Pariser Journalisten.

Da ist zunächst der Börsenbericht ein famoses Instrument, um als eindringliche Begleitmusik zu allen unangenehmen Ereignissen das Lied von Deutschlands Schuld an Allem zu ergreifen.

Fruchtbare Möglichkeiten zur Entfaltung solcher parthenischen Reparationspropaganda bietet das gegenwärtige in Frankreich immer dringender werdende Wohnungsproblem.

Die Weihnachtskans Feigners.

Leipzig, 18. März. Vor dem Landgericht wird heute der Prozeß Feigner fortgeführt. Zunächst steht nun der Fall Brandt zur Verhandlung.

Die Angelegenheit der Weihnachtskans Feigners hat sich im Laufe der Verhandlung ergeben, daß Feigner ein Geschäft mit 17.000 Mark als Beilage überließ.

Die Angelegenheit der Weihnachtskans Feigners hat sich im Laufe der Verhandlung ergeben, daß Feigner ein Geschäft mit 17.000 Mark als Beilage überließ.

Die Angelegenheit der Weihnachtskans Feigners hat sich im Laufe der Verhandlung ergeben, daß Feigner ein Geschäft mit 17.000 Mark als Beilage überließ.

etnem Telephongespräch erfolgt, das Möbius zusammen mit Frau Friedländer mit Feigner nach Dresden führte.

Die Angelegenheit der Weihnachtskans Feigners hat sich im Laufe der Verhandlung ergeben, daß Feigner ein Geschäft mit 17.000 Mark als Beilage überließ.

Die Angelegenheit der Weihnachtskans Feigners hat sich im Laufe der Verhandlung ergeben, daß Feigner ein Geschäft mit 17.000 Mark als Beilage überließ.

Die Angelegenheit der Weihnachtskans Feigners hat sich im Laufe der Verhandlung ergeben, daß Feigner ein Geschäft mit 17.000 Mark als Beilage überließ.

Die Angelegenheit der Weihnachtskans Feigners hat sich im Laufe der Verhandlung ergeben, daß Feigner ein Geschäft mit 17.000 Mark als Beilage überließ.

Großadmiral v. Tirpitz.

Am 19. März begeht der Mann feinen 75. Geburtstag, dessen Leben wie kaum ein zweites die Tragik des deutschen Volkes widerpiegelt.

